

Pressemitteilung

Reform in der Umweltpolitik: 3 Ansätze für eine effektive Rechtsstaatlichkeit

(Zürich, 12. Dezember 2019) – In der aktuellsten Publikation präsentiert foraus drei Ansätze, wie man tiefgreifende Fortschritte in der Umweltpolitik erzielen kann. Zu diesem Zweck müssen unter anderem mehr Dispute und Fragestellungen an internationale Gerichte delegiert werden, um den Inhalt und Umfang des Umweltrechts zu klären, sowie die Einhaltung des Umweltrechts und die Umsetzung von Urteilen zu stärken.

Um langfristige und tiefgreifende Fortschritte in der Umweltpolitik zu erzielen, muss der politische Schwerpunkt durch verstärkte Anstrengungen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit ergänzt werden. In der aktuellen foraus-Publikation werden konkrete Schritte aufgezeigt, die Justiz- und Aussenministerien national und international unternehmen können, um die Umweltrechtsstaatlichkeit zu stärken. «Die Anrufung internationaler Gerichte bei spezifischen Streitigkeiten, die auf die Entwicklung des Umweltrechts abzielen, ist ein Beispiel für brachliegendes Potenzial im Umweltrecht», so Autorin Seraina Petersen. Darüber hinaus sollen mehr juristischer Aktivismus von internationalen Beamten sowie die Zusammenarbeit zwischen Organisationen der Zivilgesellschaft darauf abzielen, spezifische Bereiche des Umweltrechts zu entwickeln, ergänzt Petersen. Die Verbesserung der Umsetzung des internationalen Umweltrechts und der quantitativen und qualitativen Kapazitäten der internationalen Rechtsforen durch die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Staaten müsse bei Ministerien und Umweltorganisationen ebenfalls oberste Priorität haben.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die globale Umweltpolitik stark weiterentwickelt und umfasst heute eine Vielzahl von internationalen Vereinbarungen, Mechanismen und Institutionen. Wie wissenschaftliche Berichte sowie die Klimastreiks als Reaktion darauf jedoch gezeigt haben, konnte keine genügende Verbesserung erzielt werden. Die meisten Klima- und Umweltabkommen reichen immer noch nicht aus, um dringende Umweltprobleme zu lösen: Die globale Umweltpolitik bedarf Reformen und neuer Ansätze. Eine verbesserte Rechtsprechung auf internationaler Ebene wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Die Publikation «Protecting the Environment in Court: A case for the reinforcement of environmental rule of law» wurde im Rahmen des Projekts «Denkwerkstatt» erarbeitet, welches junge WissenschaftlerInnen lehrt, wie aussenpolitische Ideen zu konkreten Handlungsempfehlungen entwickeln werden und wie sie ihr Wissen in die Politik tragen können. Unterstützt von der Stiftung MAVA fand im Herbst 2018 eine «Denkwerkstatt» mit dem Titel «Solving global environmental governance» statt.

Die Publikation «Protecting the Environment in Court: A case for the reinforcement of environmental rule of law» finden Sie [hier](#).

Kontakt:

Seraina Petersen, Autorin und Programmleiterin Diplomatie und Internationale Akteure
seraina.petersen@foraus.ch | +41 78 662 32 22

Darja Schildknecht, Stellvertretende Geschäftsführerin und Leiterin Kommunikation
darja.schildknecht@foraus.ch | +41 76 509 09 37

Über foraus - Forum Aussenpolitik

Der Think Tank foraus entwickelt wissenschaftlich fundierte Empfehlungen für aussenpolitische EntscheidungsträgerInnen und die breite Öffentlichkeit, um so die Lücke zwischen Wissenschaft und Politik zu schliessen. foraus wurde 2009 gegründet und verfügt als Grassroots-Organisation über ein umfassendes, schweizweites sowie internationales Netzwerk von Ehrenamtlichen.

Badenerstrasse 431
CH-8003 Zürich
+41 44 501 68 65
office@foraus.ch
www.foraus.ch